



Aydin Gürlevik

**+++ Kulturelle Bildung und Teilhabe für alle ermöglichen +++**

„Kulturelle Bildung kann viel. Mein Musiklehrer sagte immer, Du musst Musik nicht nur hören – Du musst Musik auch verstehen können, damit Du teilhaben kannst“, so der SPD-Abgeordnete Aydin Gürlevik. „Allein an der Musik wird deutlich, was kulturelle Bildung leisten kann: Sie bringt Menschen zusammen, fördert die Persönlichkeitsentfaltung und die Kommunikationsfähigkeit. Sie entwickelt Kreativität, prägt soziale Komponenten aus und ermöglicht, sich mit sich selbst auseinanderzusetzen“, erläuterte Gürlevik. Die Bürgerschaft debattierte am 21. Februar eine entsprechende Anfrage von SPD und Grünen, in der es um eine Bestandsaufnahme der Angebote zur kulturellen Bildung und Teilhabe ging. Der Senat betonte in seiner Antwort, der qualitative Ausbau der Kulturförderung sei ein Schwerpunkt seiner Arbeit und nicht bloß ein „Sahnehäubchen“. „Nicht jeder in unserem Land hat einen Zugang zur kulturellen Bildung. Nicht jeder kann sich kulturelle Angebote leisten“, erklärte Gürlevik. „Schon der französische Soziologe Pierre Bourdieu sagte einmal: Wer nicht die Möglichkeit hat, auf allen Gebieten der kulturellen Bildung teilzuhaben, hat erheblich geringere Chancen auf Schulerfolg und Lebenserfolg. Das wollen wir ändern, meine Damen und Herren!“ Das größte Potenzial für kulturelle Bildung bestehe in der Zusammenarbeit von Kitas, Schulen, Hochschulen, Bibliotheken, Bürgerhäusern, Jugendfreizeiteinrichtungen, Kultureinrichtungen und Künstlerinnen und Künstlern. „Wir brauchen einen breiten Kooperationsauftrag mit allen Einrichtungen – und am besten mit verbindlichen Zielvereinbarungen. Das ist der richtige Weg für mehr kulturelle Teilhabe und gegen Armut und Ausgrenzung“, so Gürlevik abschließend.



Mehmet Ali Seyrek

**+++ Berufsberatung für Jugendliche mit Migrationshintergrund verbessern +++**

Der SPD-Abgeordnete Mehmet Ali Seyrek wollte vom Senat wissen: „Wie viele junge Frauen und Männer haben in den vergangenen fünf Jahren unmittelbar im Anschluss an einen berufsqualifizierenden Schulabschluss keine betriebliche Ausbildung begonnen, weil sie keine geeignete Stelle gefunden haben?“ Rund 42 Prozent der Jugendlichen wollten direkt nach der Schule eine Ausbildung machen, so die Antwort des Senats. Davon hätten sich im Herbst 2010 rund 36 Prozent und 2011 32 Prozent in einer Ausbildung befunden. Der überwiegende Teil der Ausbildungssuchenden sei zunächst in berufsvorbereitende Maßnahmen eingetreten. „Wie viele dieser sogenannten Altbewerber hatten einen Migrationshintergrund? Welche besonderen Anstrengungen unternehmen Schulen und Arbeitsagentur, um Absolventen mit Migrationshintergrund, die einen berufsqualifizierenden Abschluss haben, ohne Verzögerungen den Übergang in eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen? Viele Jugendliche besonders mit Migrationshintergrund haben keinen Überblick über ihre Möglichkeiten. Was wird da unternommen?“, hakte Seyrek nach. Etwa 40 Prozent der Altbewerber habe einen Migrationshintergrund, erklärte der Senat. Es werde ein Beratungskonzept entwickelt, um deutlich auf die praktische Berufsausbildung zu orientieren. Im diesem Jahr wolle man einen Schwerpunkt auf Jugendliche mit Migrationshintergrund legen und dabei noch enger mit dem Bremer Rat für Integration zusammenarbeiten.

**+++ Integrationspolitische Leitlinien der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Arbeit +++**

Die SPD-Mitglieder des Ausschusses Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit haben sich zusammengesetzt und integrationspolitische Leitlinien ausgearbeitet. Valentina Tuchel, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, hat diese in der Fraktionssitzung

am 20. Februar allen SPD-Abgeordneten vorgestellt. „Es gibt sehr viel Feedback und positive Resonanz auf unser Papier, das wir als Orientierung für unsere politische Arbeit verstehen“, berichtet Tuchel. „Integration betrifft alle Politikbereiche. Ob Innen-, Bildungs- oder Arbeitsmarktpolitik: Die besonderen Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten müssen berücksichtigt werden. Wir müssen uns mit Ernsthaftigkeit und Verantwortung dem Thema Integration neu widmen, die Chancen der Zuwanderung erkennen, aber auch Versäumnisse benennen und Lösungen aufzeigen“, erklärt Tuchel die Motivation für die Leitlinien. Als eine Forderung nennt sie ein gesichertes Aufenthaltsrecht für die Betroffenen und eine Perspektive. „Die Zahl der Menschen, die unter dem Aufenthaltsstatus der Duldung zu leiden haben, muss weiter reduziert werden. Ein anderes Thema ist, dass die Anerkennung ausländischer Abschlüsse erleichtert werden muss. Allen Betroffenen muss eine entsprechende Beratung offen stehen.“ Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird die Leitlinien in den kommenden Wochen weiter diskutieren.



Björn Tschöpe

**+++ Wahlrecht ausweiten: Politische Teilhabe fördert Integration +++**

„Wahlen sind das Herzstück politischer Teilhaberechte. Wer die Menschen zu mehr Mitgestaltung ermutigen möchte, muss das geltende Wahlrecht erneut auf den Prüfstand stellen“, so der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1990, das besagt, dass das Wahlrecht unmittelbar an die deutsche Staatsbürgerschaft gekoppelt werden muss, sei schon 1992 teilweise überholt gewesen.

Tschöpe wies darauf hin, dass Drittstaatler schon lange in vielfältiger Weise wählen, ohne dass auf ihre Staatsangehörigkeit abgestellt wird. Bei Betriebsratswahlen, bei Wahlen der Arbeitnehmer-, der Handels- und der Handwerkskammer oder in Vereinen, Parteien, bei den Gewerkschaften. „Nur bei Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen unterscheiden wir kunstvoll zwischen deutschen Staatsangehörigen, EU-Bürgern und Drittstaatlern.“ Die SPD setze sich für eine bessere Integration durch Partizipation ein. „Wer politische Verantwortung übernimmt, identifiziert sich stärker mit der Gesellschaft. Politische Partizipation fördert die Integration.“ Leider sei die CDU bisher nicht für eine Grundgesetzänderung zu gewinnen gewesen, die ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatler ausdrücklich erlauben würde. Deshalb müsse die Bürgerschaft den Weg wählen, dem Staatsgerichtshof eine entsprechende Gesetzesänderung vorzulegen. „Ich bin verhalten zuversichtlich, dass der Staatsgerichtshof wie diese Bürgerschaft entscheiden wird und die Ausweitung des Wahlrechts zu den Beirätewahlen in der Stadtgemeinde Bremen auf alle Drittstaatler für rechtlich zulässig erklärt.“ Darüber hinaus solle durch den Staatsgerichtshof auch geklärt werden, ob die Ausweitung des Wahlrechts auf Landesebene für alle EU-Bürger möglich ist. Der Antrag von SPD und Grünen wurde entsprechend beschlossen.

**+++ Mehr Migrantinnen und Migranten in Stadtteilpolitik einbinden +++**

Auf der letzten Beirätekonferenz sprachen die Stadtteilpolitiker intensiv über das Thema Integration. Bislang gibt es in zehn Stadtteilparlamenten Ausschüsse, die sich explizit mit diesem Thema auseinandersetzen. „Vor Ort haben aber noch relativ wenig Migrantinnen und Migranten ein politisches Mandat“, erklärt Valentina Tuchel. „Hier sind alle demokratischen Parteien gefordert, sich noch mehr zu öffnen. Aktive Mitgestaltung und Beteiligung an politischen Prozessen muss auch für Menschen mit Migrationshintergrund attraktiv sein.“ Auf der Konferenz wurde beraten, Beiratsmitglieder zum Themenbereich der Integrationspolitik zu schulen und beispielsweise öffentliche Beiratssitzungen bei ortsansässigen Trägern und Initiativen der Integrationsarbeit abzuhalten. „Wir sind auf einem guten Weg“, schließt Tuchel, „aber wir müssen ihn auch in den Stadtteilen konsequent weitergehen. Die SPD wird an diesem Thema dranbleiben.“

+++ **Transparenz in unserer politischen Arbeit** +++



Haben Sie inhaltliche Anmerkungen, Ideen oder einen Gesprächswunsch, sprechen Sie mich gern an.

**Valentina Tuchel**

*integrationspolitische Sprecherin*

Kurt-Schumacher-Allee 1c

28329 Bremen

Mobil: 0176 - 283 626 31

E-Mail: [v.tuchel@gmx.de](mailto:v.tuchel@gmx.de)